16.07.2019

D R. H U B E R T U S K N A B E

Friedens- und Umweltengagement in der DDR

Neue politische Orientierungen und ihre Bedeutung für die Deutschlandpolitik

Der Deutschlandpolitik der Bundesrepublik lag jahrzehntelang ein vergleichsweise einfaches Bild der DDR-Gesellschaft zugrunde: Eine Gruppe kommunistischer Funktionäre regiert eine Bevölkerung, die dem Sozialismus sowjetischer Prägung traditionell abgeneigt gegenübersteht und nur mit Druck, Indoktrination und Abriegelung der Staatsgrenzen zur Anpassung gezwungen werden konnte. Der Aufsatz beschreibt, wie in den letzten Jahren der DDR demgegenüber andere, neue politische Orientierungen heranwuchsen, die quer zu diesem traditionellen Bild der Ostdeutschen lagen. Neue Wertvorstellungen entstanden und führten unter anderem zur Gründung von unabhängigen Friedens- und Umweltgruppen. Nicht-konforme Lebensäußerungen begannen, die vormals apathische DDR-Gesellschaft zu beleben. Der 1986 entstandene Text fragt, was dies für die künftige Deutschlandpolitik der Bundesrepublik für Folgen hat.

In: Perspektiven des Demokratischen Sozialismus, 3. Jahrgang 1986, Heft 3, S. 170-186

THEMA: ZUR FRIEDENSBEWEGUNG UND ÖKOLOGIEDISKUSSION IN OSTEUROPA

Hubertus Knabe

Friedens- und Umweltengagement in der DDR

Neue politische Orientierungen und ihre Bedeutung für die Deutschlandpolitik

Würde man einmal untersuchen, welches Bild von der DDR-Gesellschaft, von ihren Stimmungen und Bewußtseinslagen der Deutschlandpolitik der Bundesrepublik zugrundeliegt, käme man vermutlich schnell zu einigen einfachen, seit Jahrzehnten erstaunlich unveränderten Essentials: Eine Gruppe kommunistischer Funktionäre regiert danach eine Bevölkerung, die dem Sozialismus sowjetischer Prägung traditionell abgeneigt gegenüber steht und nur mit Druck, Indoktrination und Abriegelung der Staatsgrenzen zur Anpassung gezwungen werden konnte; aus der Gleichzeitigkeit von erzwungenem Arrangement und der Nähe zum Wohlstand und Freizügigkeit verheißenden anderen deutschen Staat resultiert ein gespaltenes Bewußtsein, das dieser dezent zu fördern sucht, die SED jedoch in beständige Furcht vor der eigenen Bevölkerung stürzt. Die Bundesregierung versteht sich nicht nur juristisch, sondern auch faktisch als einziger Repräsentant aller Deutschen.

Bei aller grundsätzlichen Gültigkeit, die den Axiomen einer solchen deutschlandpolitischen Philosophie wohl bis heute zugebilligt werden kann, mehren sich die Hinweise, daß in der DDR andere, neue politische Orientierungen herangewachsen sind, die quer zum traditionellen Bild von den Deutschen östlich der Elbe liegen; gemeint ist nicht die oberflächliche ideologische Integration eines Teils der DDR-Bevölkerung in den sozialistischen Staat, die möglicherweise weiter vorangeschritten ist, als man in der Bundesrepublik annimmt, sondern die Entstehung und Artikulation neuer Wertvorstellungen, die mit der Krise spätindustrieller Lebensweisen in Zusammenhang stehen. Gegenorientierungen zur (sozialistischen) Konsumgesellschaft gewinnen in der DDR ebenso an Bedeutung wie Zweifel an der Friedensfähigkeit der beiden Blöcke, deren Sicherheitsstrategien zu einer gigantischen Rüstungseskalation geführt haben.

In beiden deutschen Staaten beginnen Teile der Gesellschaften die

Problemlösungskompetenz der politischen Systeme in Ost und West auf jenem Gebiet in Zweifel zu ziehen, wo herrschende Politikformen einen kaum noch zu bewältigenden Problemstau hervorgerufen haben - im Rüstungssektor und in der Umweltzerstörung. Während die Regierungen in diesem Prozeß spürbar an Legitimität verlieren, bildet sich unterhalb dieser Ebene eine zumindest moralisch wirksame "Koalition der Betroffenen" heraus, die auf ähnlichen oder gemeinsamen alternativen Orientierungen beruht. Auch in der DDR regt sich ein breites Spektrum nicht-konformer Lebensäußerungen, die die vormals apathische und weitgehend regungslose DDR-Gesellschaft beleben und durchdringen, wenngleich deren Kraft sich weniger als in der Bundesrepublik in spektakulären politischen Ereignissen äußert.

Schließlich, und das hat die Entstehung neuer politischer Orientierungen (unfreiwillig) begünstigt, haben sich auch die Herrschaftsmethoden gewandelt und den Verhältnissen einer komplizierten, hochtechnisierten Industriegesellschaft anzupassen versucht. Siebenunddreißig Jahre nach Gründung der DDR ist die SED-Führung zu einer vorsichtigen Revision ihrer Gesellschaftspolitik gezwungen, ohne die der technische Fortschritt kaum zu bewältigen ist: Sie mußte Freiräume und Nischen zulassen, sie mußte Möglichkeiten kontrollierter Konfliktaustragung schaffen, sie mußte die Kirchen als selbständige gesellschaftliche Kraft anerkennen und zur Mitarbeit gewinnen, sie mußte schließlich stärker als zuvor Stimmungen und Bewußtseinslagen der Bevölkerung in ihre Politik einbauen, statt sie zu verteufeln oder zu ignorieren. Damit haben keineswegs Pluralismus und Demokratie Platz gegriffen, aber die Formen autoritärer Machtausübung wurden differenziert und modernisiert.

Die Entstehung neuer politischer Orientierungen, die quer zum traditionellen Bild von der DDR-Gesellschaft liegen, sollen im folgenden am Beispiel des Umwelt- und Friedensengagements dargestellt werden, wenngleich diese Aufgabe keine leichte ist; die Schwierigkeit einer solchen Analyse, die sich auch im Zögern der DDR-Forschung ausdrückt, sich diesen Phänomenen zuzuwenden, liegt darin, daß sie methodisch unbefriedigend bleibt, weil Quellen und Materialien nur sehr eingeschränkt zur Verfügung stehen: Der Bericht an den amerikanischen Präsidenten "Global 2000" und die großen Untersuchungen über Werte- und Bewußtseinswandel in den westlichen Industriegesellschaften wurden für die DDR noch nicht geschrieben; es gibt keine Shell-Studie über das Bewußtsein der Jugend, keine Umfragen über ökologisches Bewußtsein, keine Möglichkeit, unabhängige Befragungen über Ansichten zur Friedenspolitik durchzuführen. Man hört zwar, die Akademie für Gesellschaftswissenschaft der DDR habe durch Umfragen festgestellt, daß zwanzig Prozent der DDR-Jugendlichen "grün" denken sollen; man kennt Berichte über Wohnungsbesetzungen in Ost-Berlin oder über Aussteiger in Mecklenburg, die eine alternative Lebensweise dem DDR-Alltag vorziehen; man besitzt Informationen über die Existenz von Homosexuellen-Gruppen in den Reihen der Evangelischen Kirche, und hört von staatlichen Vorwürfen, junge Leute in der DDR wollten eine grüne Partei gründen. Unvollständig bleibt die Analyse gleichwohl, auch wenn man eine breite Materialbasis aus Zeitungen, Büchern und kirchlichen Publikationen, die bislang kaum zureichend als Quelle für DDR-Forschung genutzt wurden, zugrundelegt.

1. Die kritische Friedensdiskussion

Die Existenz alternativer politischer Orientierungen in der DDR ist erstmals einer breiteren Öffentlichkeit bewußt geworden, als die Aktionen der bundesdeutschen Friedensbewegung im Gefolge des sogenannten NATO-Doppelbeschlusses plötzlich eine Art Widerhall in der DDR zu finden schienen; vor allem im Rahmen der Evangelischen Kirchen, im folgenden auch nur: die Kirchen, weil die Katholische Kirche nur eine untergeordnete Rolle spielt, hatten sich dort zahlreiche Initiativgruppen gebildet und Vorstellungen formuliert, die denen der westdeutschen Friedensgruppen ähnlich waren. Später folgende ausführlichere Analysen (1) ergaben, daß es sich dabei nicht um eine Spiegelung westlicher politischer Stimmungen handelte, sondern um ein DDR-spezifisches Bewußtsein mit eigenen Ursachen, Traditionen und Vorstellungen, das nur zu einem geringen Teil von der bundesdeutschen Friedensdiskussion stimuliert worden war.

1.1. Ursprünge

Die friedenspolitische Diskussion der DDR steht stärker als die der Bundesrepublik in unmittelbarer Kontinuität zur Auseinandersetzung um Wiederbewaffnung und Pazifismus, wie sie in den 50er und 60er Jahren geführt wurde, als - wenige Jahre nach dem Ende des II. Weltkrieges - beide deutsche Staaten remilitarisiert und in die militärischen Bündnisse NATO und Warschauer Pakt integriert wurden. Jene, die sich damals in dieser Frage in der DDR engagiert haben, setzten häufig ihre Aktivitäten als Mitarbeiter der Evangelischen Kirchen und als Organisatoren von Friedensseminaren und KDV-Beratung fort und bewirkten damit auch in den 70er Jahren eine personelle Weiterführung ihrer Arbeit.

Ausgangspunkt dieses frühen Friedensengagements in der DDR war die anti-faschistische, pazifistische Grundstimmung, die nicht nur das allgemeine Bewußtsein der Bevölkerung und die theologische Neubesinnung in den Kirchen bestimmte, sondern durch eine vehemente staatliche Agitation gegen den Militarismus verstärkt wurde, die aus dem Kontrast zur raschen Remilitarisierung der Bundesrepublik besondere Überzeugungskraft gewann. In einen wachsenden Gegensatz zur staatlichen Politik rückten die pazifistisch orientierten Kreise erst, als mit der Gründung der Nationalen Volksarmee und ihrer Integration in den Warschauer Pakt auch die DDR - zunächst durch massive Werbekampagnen, im Januar 1962 auch durch die Einführung der Wehrpflicht - den Dienst mit der Waffe zum Gebot erhob. Zahlreiche junge Männer, zumeist Christen, weigerten sich, ihrer Einberufung Folge zu leisten, obwohl das Wehrdienstgesetz keine solche Verweigerungsmöglichkeit vorsah. Wie stark der Antimilitarismus zu dieser Zeit in der DDR gewesen sein muß, zeigt sich daran, daß die SED fast vollständig auf eine strafrechtliche Verfolgung dieser Kriegsdienstverweigerer verzichtete und zwei Jahre später eine Verordnung verabschiedete, die - einzigartig im Warschauer Pakt - einen waffenlosen Dienst für jene ermöglichte, die "aus religiösen Anschauungen oder aus ähnlichen Gründen den Wehrdienst mit der Waffe ablehnen".

Die "Bausoldaten", wie sie genannt wurden, bildeten den Kern einer breit gefächerten Friedensarbeit in der DDR, weil sie, besonders in den ersten Jahrgängen, darum bemüht waren, ihren pazifistischen Überzeugungen,

die mit dem zwar waffenlosen, aber immer noch militärischen Dienst in der NVA kollidierten, durch zusätzliche Aktivitäten Ausdruck zu geben. Sie verweigerten das militärische Gelöbnis, schrieben Aufrufe und Appelle, forderten die Einführung eines Wehrersatzdienstes, der wahrhaft friedlichen Zielen dienen würde. Als wachsende Repressalien diese öffentlichen Aktivitäten zunehmend erschwerten, verlagerten sie ihr Engagement in den Schutzraum der Kirchen, die sich Mitte der 60er Jahre noch sehr dezidiert für die Wehrdienstverweigerer einsetzten. Dort organisierten sie Zusammenkünfte der Bausoldaten, initiierten Friedensgruppen und -seminare und suchten in einer Phase, wo das friedenspolitische Engagement der Kirchen zugunsten einer Verständigung mit dem Staat zurückging, durch eine bescheidene Öffentlichkeitsarbeit das pazifistische Bewußtsein wachzuhalten.

Zu einer Reaktivierung des Friedensengagements von Kirchen und Gemeinden kam es gegen Ende der 70er Jahre, nachdem die Militarisierung von Schulen, Universitäten, Betrieben und Kindergärten eine wachsende Zahl von DDR-Bürgern mit den wehrpolitischen Ansprüchen des Staates unmittelbar konfrontierte. Als im Frühjahr 1978 bekannt wurde, daß in den 8. und 9. Klassen der allgemeinbildenden Schulen ein neues Fach "Wehrunterricht" eingeführt werden sollte, wandten sich Tausende von besorgten Eltern und anderen DDR-Bürgern mit Eingaben an kirchliche und staatliche Stellen, so daß sich die Kirchenleitungen gezwungen sahen, gegen die Ausdehnung der vormilitärischen Erziehung auf 13- 15jährige zu protestieren. Die Beunruhigung ging so weit, daß die Synode des DDR-Kirchenbundes im September 1978 beschloß, wenn das neue Fach schon nicht zu verhindern sei, ihm ein kirchliches Studien- und Aktionsprogramm "Erziehung zum Frieden" entgegenzusetzen sowie in Verhandlungen mit dem Staat darauf zu drängen, daß Schülern, die die Teilnahme verweigern, daraus keine Nachteile entstehen.

Der Konflikt um die Militarisierung der Gesellschaft führte dazu, daß die Friedensaktivitäten im Rahmen der Kirchen kontinuierlich zunahmen. Überall in der DDR entstanden Friedensgruppen, in denen sich vor allem jüngere DDR-Bürger engagierten. Ihr Wirkungsfeld war in erster Linie die kirchliche Öffentlichkeit, da sie nur hier den nötigen Freiraum vorfanden. Umgekehrt beteiligten sich auch kirchliche Institutionen und Gemeinden in wachsendem Maße an der Friedensdiskussion, so daß das Thema zur wichtigsten Frage in den Kirchen aufrückte.

1.2. Artikulationsfelder

Das quantitative Ausmaß der Friedensdiskussion in der DDR ist selbst für Beteiligte kaum genau zu bestimmen; Teilnehmerzahlen von Zusammenkünften wie die am 13. Februar 1982, dem Jahrestag des Bombenangriffs auf Dresden, in der Dresdener Kreuzkirche, an der insgesamt rund 5.000 Menschen teilnahmen, geben nur schwache Anhaltspunkte; auch die Zahl der Wehrdienstverweigerer, die von 250 im Jahre 1964 auf rund 1.000 pro Jahrgang angestiegen ist, stellt nur eine schlechte Orientierung dar. Wegen des hohen persönlichen Risikos, das mit dem Friedensengagement in der DDR verbunden ist (Verlust schulischer und beruflicher Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, strafrechtliche Verfolgung etc.), sind solche Angaben mit ähnlichen Zahlen aus der Bundesrepublik nicht vergleichbar; zudem fallen jene Formen von Massenaufmärschen, die in der Hochzeit der Frie-

densdiskussion in der Bundesrepublik mehrere hunderttausend Menschen auf die Straße brachten, als Artikulationsfeld selbstverständlich ebenso aus wie eine stimmungsabhängige öffentliche Meinung, die in westlichen Staaten politischen Oppositionsbewegungen als Resonanzboden und Reservoir von Sympathisanten dient.

Wenn sich das Tätigkeitsfeld der Friedensinitiativen in der DDR im wesentlichen auf die Evangelischen Kirchen beschränkt, ist damit nicht gesagt, daß ihr Engagement in erster Linie religiöser oder kirchlicher Natur ist, obwohl dieser Aspekt eine größere Rolle spielt als in der Bundesrepublik. Vielmehr erscheinen die Kirchen als einzige staatsfreie Großorganisation der DDR mehr denn je als Kristallisationspunkt allgemeiner gesellschaftlicher Bedürfnisse, die unter den spezifischen Bedingungen der DDR nur eine religiöse Form annehmen. Mit Duldung der SED, die die Kirchen derzeit offenbar als überschaubares Feld politischer Konfliktaustragung im Aufbau der sozialistischen Gesellschaft akzeptiert hat, sind sie zum wichtigsten Artikulationsfeld nonkonformer gesellschaftlicher Stimmungen geworden, die nicht nur das Friedensengagement, sondern überhaupt ein breites Spektrum alternativer Lebens- und Denkweisen umfassen. In ihrem Schutzraum werden - stellvertretend für die Gesellschaft - Probleme thematisiert, die anderswo nicht zur Sprache kommen können, ohne daß diese sofort ins öffentliche Leben dringen. Dem Friedensengagement dient inzwischen die gesamte traditionelle Struktur der Kirchen als Resonanzboden und Aktionsrahmen: die Evangelischen Studentengemeinden (ESG), die Jungen Gemeinden als Hauptorgan der kirchlichen Jugendarbeit, die traditionellen örtlichen Gemeinden, die Evangelischen Akademien, die kirchlichen Publikationen (Kirchenzeitungen, Periodika, vervielfältigte Materialien etc.) sowie überregionale Zusammenkünfte wie Landesjugendsonntage, Kirchentage, Synoden usw. Wegen der spezifischen Funktion der Kirchen in der DDR-Gesellschaft werden von solchen Aktivitäten nicht nur Kirchenmitglieder, sondern - wie etwa durch die jährliche Friedenswerkstatt in Ost-Berlin - auch viele andere Menschen angesprochen, die zur Kirche nur in losem oder gar keinem Verhältnis stehen. Das Verhältnis zwischen der institutionalisierten Kirche und den friedenspolitisch Engagierten ist dabei nicht spannungsfrei, weil die Kirchen ihre Eigeninteressen und ihre Stellung in der DDR zu sichern bemüht sind, während einzelne Friedensgruppen - wie die Gruppe "Frauen für den Frieden" - ihre Arbeit erst nachträglich unter deren Schutz gestellt oder sich - wie die Jenaer Friedensgruppe - völlig unabhängig von diesen artikuliert haben.

Ein Beispiel für die Breite des Friedensengagements in der DDR ist die jährlich im November stattfindende Friedensdekade der Kirchen, die auf Initiative der kirchlichen Jugendarbeit seit 1980 veranstaltet wird. Aus diesem Anlaß konzentrieren sich landesweit die Aktivitäten der Friedensgruppen auf einen Zeitraum von zehn Tagen - 1985 beispielsweise unter dem Motto "Frieden wächst aus Gerechtigkeit" -, und es werden Andachten, Aktionen und Veranstaltungen organisiert, auf die mit Plakaten und Materialien aufmerksam gemacht wird. Der kirchliche Aufnäher "Schwerter zu Pflugscharen", der den Materialien der Friedensdekade von 1981 beigelegt war, erzielte eine solche Breitenwirkung, daß er von staatlichen Vertretern nach wenigen Wochen als Erkennungszeichen einer politischen Oppositionsbewegung aufgefaßt und mehrere Monate lang verfolgt wurde.

Zur Illustration der Arbeitsweise der DDR-Friedensgruppen soll an

dieser Stelle der Friedenskreis Berlin-Pankow exemplarisch vorgestellt werden, der in einem kirchlichen Informationsdienst eine ausführliche Selbstdarstellung veröffentlicht hat. Die Entstehung der Gruppe geht auf einen Gemeindetag in der Alten Pfarrkirche von Pankow im Herbst 1981 zurück, der unter dem Thema "Gegen Todsicherheit" stand und zu dem vor allem Jugendliche gekommen waren. Bei einem Treffen im Gemeindehaus gründeten 30 von ihnen einen Monat später einen Friedenskreis, der sich zunächst monatlich zu einem Diskussionsabend traf, später dagegen - bei wachsender Teilnehmerzahl - in verschiedene Arbeitsgruppen aufteilte: eine Gruppe "Friedenserziehung", eine Theoriegruppe "Argumente für den Frieden", eine "Pazifismusgruppe" und eine "Umweltgruppe". In der Folgezeit wandelten sich die Themen, an die Stelle bisheriger traten die Fragen "Anders leben" und "Gewaltfreies Training", neue wie "Diakonie", "Teilen" und ein Frauenbibelkreis kamen hinzu. Die Gruppe Friedenserziehung führte u.a. eine Aktion gegen den Verkauf von Kriegsspielzeug durch und entwickelte ein Spielprogramm für Kindergärten; außerdem bot sie solchen Eltern ihre Hilfe an, die sich gegen Militarisierung der Ausbildung ihrer Kinder wenden und dadurch in Konflikte geraten. Die Gruppe "Argumente für den Frieden" sammelte alle Friedensvorschläge und erarbeitete eine Kriegsfolgenstudie, die Gemeindekreisen als Anschauungsmaterial zur Verfügung gestellt wurde; in der Endphase der Genfer Verhandlungen im Jahre 1983 führte sie in der Kirche wöchentlich Gespräche zur Abrüstungsproblematik durch, über die Stockholmer Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen veranstaltete sie einen Gemeindeabend. Die Gruppe "Teilen" schließlich bemühte sich, die Dritte-Welt-Problematik stärker in die Arbeit des Friedenskreises einzubringen und unterstützte mit dem Erlös von selbstgefertigten Töpfergegenständen die Aktion "Brot für die Welt". "Die wichtigste Form der Öffentlichkeitsarbeit", heißt es in der Selbstdarstellung des Friedenskreises, "sind die halbjährlich stattfindenden Gemeindetage, die stets gut besucht werden. Außerdem gestalten wir mehrere Abende während der Friedensdekade".

1.3. Programmatische Vorstellungen

Anders als in der Bundesrepublik liegt das Hauptmotiv für das Friedensengagement in der DDR nicht in einer abstrakten Bedrohung durch Rüstung, sondern in einer konkreten Betroffenheit vom Zugriff des Militärs auf das persönliche Leben: Die allgemeine Wehrpflicht, die durch keinen zivilen Wehrersatzdienst relativiert wird, die Pflicht zur Teilnahme an insgesamt 18 Monaten Reserveübungen, bei denen es nicht einmal gestattet ist, nachträglich auf einen waffenlosen Dienst auszuweichen, der vormilitärische Unterricht und die Ausbildung in sogenannten ZV (= Zivilverteidigungs) -Lagern an den allgemeinbildenden Schulen, die obligatorische Verpflichtung zur vormilitärischen Ausbildung einschließlich Kleinkaliberschießen in der beruflichen und höheren Bildung, die quasi-obligatorische Verpflichtung der männlichen Studenten zu einer dreijährigen Militärdienstzeit und damit zu einer Reserveoffizier-Laufbahn, die allgemeine Militarisierung von Kindergärten, Kinderzeitungen und der Tätigkeit von Pionierorganisation und FDJ. Die Entscheidung, sich dem militärischen Ansprüchen zu verweigern, ist nicht nur gleichbedeutend mit einem Verlust der Möglichkeit zu einer höheren Bildung, sondern ist durch den Ausbau der vormilitärischen Aus-

bildung so weit vorverlagert worden, daß man spätestens in der 8. Klasse damit konfrontiert ist. Das ist eine Erklärung dafür, daß die Friedensfrage gerade unter Jugendlichen in der DDR eine ebenso große Rolle spielt und sich ein Großteil der Friedensarbeit Fragen der Friedenserziehung, der Kriegsdienstverweigerung, der Verweigerung der vormilitärischen Ausbildung usw. zuwendet.

Erst im Gefolge der Debatte um die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik und anderen Nato-Staaten haben auch rüstungspolitische Aspekte an Bedeutung gewonnen, was vor allem von dem kirchlichen Referat für Friedensfragen der Theologischen Studienabteilung in Ost-Berlin durch die Erarbeitung von detaillierten Studien und Informationsmaterialien systematisch gefördert wurde. Als Ziel ihrer Arbeit bezeichnete sie es 1981 in einem Bericht über eurostrategische Waffen, "Christen zu einem reflektierten persönlichen Urteil in der Abrüstungsfrage zu verhelfen und die Kirchen in der DDR zu sachlich begründeten Beiträgen im ökumenischen Friedensgespräch und bei der Wahrnehmung politischer Friedensverantwortung in der eigenen Gesellschaft zu befähigen". Die Zurückhaltung der DDR-Friedengruppen gegenüber den globalpolitischen Fragen liegt allerdings auch daran, daß - neben der Schwierigkeit der Informationsbeschaffung - die politische Sphäre sich dem Einfluß ihrer Arbeit weitgehend entzieht und selbst offene Meinungsbekundungen einem hohen Risiko ausgesetzt sind, während im vorpolitischen Raum noch am ehesten die Chance auf Veränderung besteht. Zugleich setzt sich die Hinwendung der Kirchen zu den Fragen der Abrüstung dem Vorwurf aus, daß sie damit auf ein Feld ausweichen, das weniger konfliktträchtig als die innergesellschaftliche Militarisierung ist und von der DDR-Führung zudem als Verstärker ihrer eigenen Außenpolitik mißbraucht werden kann.

Die inhaltlichen Positionen hängen im wesentlichen von zwei Grundvoraussetzungen ab: 1. Man sucht nach politischen Lösungen, die weder für den einen noch für den anderen Block Partei ergreifen und damit die Logik des Ost-West-Konfliktes überspringen sollen, 2. man formuliert seine Positionen so, daß sie gegenüber dem Staat eigenständig zugleich erscheinen. Auf dieser Basis haben sich die Kirchen frühzeitig für das Zustandekommen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) eingesetzt und sich auch später immer für die Fortsetzung der Entspannung unter Beachtung aller Bestandteile der Schlußakte von Helsinki eingesetzt. Zugleich haben sie die zwischenstaatliche Entspannung auch auf die eigene Gesellschaft bezogen und die Forderung nach einem Abbau der Feindbilder ("Erziehung zum Haß") und der vormilitärischen Ausbildung erhoben.

Im rüstungspolitischen Bereich haben sie sich gegen jede neue Rüstungsmaßnahme gewandt und gegen die Herstellung der Neutronenbombe, die Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen und das SDI-Forschungsprogramm Stellung genommen. Andererseits haben sie auch Rüstungsmaßnahmen des Warschauer Paktes wie die Aufstellung von Kurzstreckenraketen in der DDR und CSSR sowie - vereinzelt - die Stärke des östlichen Militärbündnisses auf konventionellem Gebiet als Motor westlicher Aufrüstung kritisiert. Sie waren bemüht, sich nicht in den propagandistischen Kampagnen der SED wie zum Beispiel gegen die Neutronenbombe und die Mittelstrekkenraketen aufzulösen, sondern - etwa durch das direkte Gespräch mit den Kirchen der USA und der Bundesrepublik - eine eigene Wirkungsebene

zu eröffnen. Sie haben auch die Vorschläge neutraler Staaten oder Personen populär gemacht und damit einhergehend die Schaffung einer militärisch verdünnten, atom- und chemiewaffenfreien Zone, einseitige kalkulierte Vorleistungen und vertrauensbildende Maßnahmen gefordert. In Abkehr von der in den 50er Jahren von den Evangelischen Kirchen in Deutschland vertretenen Komplementaritätsthese, die Wehrdienst wie Verweigerung als gleichrangige Möglichkeit der Christen, zur Sicherung des Friedens beizutragen, bezeichnete, haben die Kirchen in der DDR zu einer klaren Absage an den militärischen und politischen Gebrauch von Kernwaffen als Mittel der Friedenssicherung (Abschreckung) gefunden und zu erkennen gegeben, daß "auf Grund unserer theologischen Erkenntnis und unserer Situationsanalyse zum Weg des Wehrdienstes nicht mehr mit Gründen der Schrift und der Vernunft" ermutigt werden könne (der Vorsitzende des Ausschusses "Kirche und Gesellschaft", Heino Falcke). Versuche, eine solche Aussage als formelles Bekenntnis der Gesamtkirche zu treffen und den "status confessionis" auszurufen, der es den Christen nicht mehr erlauben würde, am derzeitigen militärischen Sicherheitssystem mitzuwirken, scheiterten jedoch an der Weigerung der Evangelischen Kirchen der Bundesrepublik, einen solchen Schritt mitzutragen; ein Alleingang der DDR-Kirchen schien diesen ausgeschlossen, weil sie fürchten mußten, die SED werde ihn als einseitige Kampfansage gegenüber ihrem Staat auffassen.

1.4. Aussichten

Auch in der DDR hat die Stationierung von Atomraketen auf deutschem Boden zu einer gewissen Ratlosigkeit und Resignation geführt, was die Aufgaben der Friedensgruppen nach einem solchen offensichtlichen Mißerfolg ihrer Aktivitäten sein können. Dies wurde besonders auf den jährlichen DDR-weiten Treffen aller Initiativen 1984 und 1985 deutlich. Auf der anderen Seite waren die Friedensgruppen der DDR niemals so sehr fixiert auf diese Frage wie die der Bundesrepublik, sondern haben sich vor allem mit der Rolle des Militärs in der eigenen Gesellschaft beschäftigt, die unverändert vorherrschend ist. Obwohl auch hier die beiden wichtigsten Forderungen der Friedensgruppen - die Einführung eines zivilen Wehrersatzdienstes und die Schaffung einer nachträglichen Verweigerungsmöglichkeit für Reservisten - nicht durchgesetzt werden konnten, ist das Bedürfnis nach einem Gegengewicht zur staatlichen Militärpolitik nach wie vor groß. Nur in der kirchlichen Friedensarbeit lassen sich die Beziehungen zwischen den Supermächten und Alternativen zum herrschenden System der Abschreckung offen und kreativ diskutieren, nur hier findet man praktischen Rat und Hilfe im Konflikt mit der staatlichen Wehrerziehung, nur hier werden Gegenmodelle zu einer passiven, durchmilitarisierten Gesellschaft entwickelt. Daraus erklärt sich vor allem, daß auch nach der Stationierung der Atomraketen die weniger spektakuläre, aber weitverzweigte Arbeit der Friedensengagierten unvermindert weiterging und weitergehen wird, obwohl ihre Wirkungsbedingungen nach dem neuen Rüstungsschub schwieriger geworden sind.

2. Ökologiediskussion und praktisches Umweltengagement

Während die Friedensinitiativen in der DDR in den vergangenen beiden

Jahren in eine eher schwierige Etappe ihres Engagements gekommen sind, läßt sich für die inoffizielle Umweltdiskussion in der DDR in diesem Zeitraum das Gegenteil feststellen. Niemals zuvor hat es so viele ökologisch engagierte Gruppen gegeben, niemals zuvor ein solch breites Feld ihrer Aktivitäten, niemals wurde in der DDR so intensiv über Umweltprobleme diskutiert wie in diesen Jahren. Anders als die Friedensarbeit ist die Umweltdebatte in den Kirchen nicht auf sich allein gestellt, sondern korrespondiert mit außerkirchlichen Aktivitäten, sucht die Zusammenarbeit mit diesen und findet auch eine gewisse staatliche Unterstützung. (2)

2.1. Ursprünge

Die Wurzeln des ökologischen Engagements im Schutzraum der Evangelischen Kirchen reichen weniger weit in die Geschichte zurück als die der Friedensdiskussion; als praktisches Tätigkeitsfeld von Initiativen und engagierten Bürgern hat es sich erst seit Beginn der 80er Jahre wirklich entfaltet. Trotzdem lassen sich bestimmte Vorläufer ausmachen, die - angesiedelt außerhalb der Kirchen - dazu beigetragen haben, daß das Umweltthema gerade in der DDR Bedeutung gewonnen hat. Dazu zählt zum einen die Arbeit von Naturschützern und Wissenschaftlern in den 50er Jahren, die, als die Frage noch vor einem grundverschiedenen politisch-philosophischen Hintergrund diskutiert wurde, darum bemüht waren, die Aktivitäten der Natur- und Heimatfreunde vom Geruch des Nationalismus zu befreien und Alternativen zur rücksichtslosen Industrialisierungspolitik der Nationalsozialisten zu entwickeln. Pionierarbeit leisteten diese Kreise vor allem auf dem Gebiet der Haldenrekultivierung, der Landschaftsdiagnose und dem Naturschutz, ohne daß diese Tätigkeit die Form einer politischen Bewegung angenommen hätte. Bis heute spielt der Sektor der berufsmäßig mit Fragen des Natur- und Umweltschutzes Befaßten als "grünes Bewußtseinspotential" eine große Rolle, obwohl ihre Möglichkeiten, sich öffentlich auszudrücken, mit der Zunahme der Umweltverschmutzung und der dadurch ausgelösten internationalen Diskussion zunehmend geringer geworden sind. Wenn einschneidende Veränderungen im Umweltbereich beschlossen wurden, ging dies zumeist - wie die Verabschiedung des Landeskulturgesetzes von 1970 - ebenso auf ihren (geringen) Einfluß zurück wie der Beginn einer offiziellen theoretischen Diskussion über die Umweltprobleme und ihre Ursachen. (3)

Ein zweiter Vorläufer findet sich im kulturpolitischen Bereich - in der DDR-Literatur, wie sie sich im Anschluß oder im Kontrast zur euphorischen Anbetung der wissenschaftlich-technischen Revolution (WTR) - im Sozialismus entwickelt hat. Schriftsteller wie Erwin Strittmatter hielten in einer Zeit, wo jedes Nachdenken über die negativen Folgen des Fortschritts als ketzerisch erschien, nachdrücklich an Natur- und Heimatverbundenheit fest und beschrieben die folgenschweren Veränderungen auf dem Lande durch die allmähliche Industrialisierung der Landwirtschaft. Andere Autoren, unter ihnen als einer der ersten der inzwischen in der Bundesrepublik lebende Schriftsteller Günter Kunert, warnten vor der Ambivalenz des technischen Fortschritts, der nur durch große Naivität mit gesellschaftlich-humanitärem Fortschreiten gleichgesetzt werden könne. In den 70er und 80er Jahren verdichteten sich solche Tendenzen zu einem breit artikulierten Unbehagen in der DDR-Literatur über die Entfremdungserscheinungen

in der sozialistischen Industriegesellschaft.

Angestoßen durch den weltweiten Zusammenschluß nicht-katholischer christlicher Kirchen, dem "Ökumenischen Rat der Kirchen" (ÖRK), setzte Anfang der 70er Jahre auch in den Leitungsgremien der DDR-Kirchen eine Diskussion über Umweltprobleme und die negativen Folgen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ein. In einem Vorbereitungspapier für die 5. Vollversammlung des ÖRK (1975) schrieben DDR-Kirchenvertreter, daß auch in der sozialistischen Gesellschaft jene Lebenswerte, die quantifizierbar erfaßt werden könnten, sehr viel stärker in die Bestimmung individueller und gesellschaftlicher Ziele eingegangen seien als schwer oder unzureichend quantifizierbare Lebenswerte wie z.B. Gesundheit, psychisches Wohlbefinden, Natur und Landschaft. Anfang 1978 lud der DDR-Kirchenbund erstmals zu einem DDR-internen Erfahrungsaustausch aller Umweltinteressierten ein, mit dem die Diskussion über ökologische Vorstellungen, ihre Durchsetzungsmöglichkeiten sowie über praktische und theoretische Defizite auf breiter Basis eingeleitet wurde. Drei Aufgaben kristallisieren sich dabei aus der Debatte: die Verringerung des großen Informationsdefizites, das durch die eingeschränkten wissenschaftlichen Veröffentlichungsmöglichkeiten auf diesem Sektor seit Mitte der 70er Jahre ständig größer wird, die Vertiefung der Diskussion über die Ursachen der ökologischen Krise und die Erarbeitung von Konzepten praktischer Veränderungen.

In einer Reihe von DDR-Städten gründeten sich in der Folgezeit kirchliche Arbeitskreise und Initiativgruppen, die sich theoretisch und/oder praktisch mit der Ökologieproblematik beschäftigten.

2.2. Artikulationsfelder

Protestantische Intellektuelle haben frühzeitig darüber nachgedacht, wie das gedanklich als richtig erkannte ökologische Engagement in der sozialistischen DDR-Gesellschaft wirksam werden soll. Sie propagieren das Modell einer evolutionären Veränderung, in dem Gemeinden und alternative Gruppen als Motor für radikale Veränderungen, die Kirchen dagegen eher als vermittelnde Instanz zwischen diesen Anstößen und dem Staat bzw. der Gesellschaft fungieren sollen. Bezugspunkt aller Aktivitäten ist dabei ausdrücklich die eigene, sozialistische Gesellschaft, die man in "kritischer Solidarität" (der ehemalige Vorsitzende des DDR-Kirchenbundes Krusche) weiterzuentwickeln sucht. Die Veränderungen sollen dabei sowohl gesellschaftliche als auch individuelle Ziele und Strukturen erfassen, wozu man verschiedene Forderungs- und Handlungskataloge entworfen hat, die sich an den Staat und den einzelnen Bürger zugleich richten. Ebenso wie das Friedensengagement verstehen sich auch die Umweltinitiativen nicht als Oppositionsbewegung zum Sozialismus. Tatsächlich übernehmen die kirchlichen Institutionen in der ökologischen Arbeit in erster Linie eine orientierende, bewußtseinsbildende Funktion und nutzen ihre interne Öffentlichkeit, um Informationen, Einsichten und Handlungsaufforderungen an einen größeren Kreis weiterzuvermitteln. Zugleich vertreten sie in (seltenen) Verhandlungen mit dem Staat die Anliegen der ökologisch Engagierten wie bei einem Sachgespräch über Umweltfragen im Jahre 1980.

Eine besondere Rolle spielt das kirchliche Forschungsheim in Wittenberg, das Umweltgruppen wie Einzelinteressierte berät und unterstützt, regelmä-

fige Zusammenkünfte aller in der DDR tätigen Umweltgruppen organisiert und die einzige inoffizielle Umweltzeitschrift der DDR, die "Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch - Natur", herausgibt. Diese "Briefe" verstehen sich als "Kontaktpapier für umweltengagierte Christen" und werden auf Basis von Material- und Geldspenden hergestellt. Sie enthalten Artikel, längere Zitate aus verstreuten, offiziell herausgegebenen Publikationen, Buchbesprechungen, Tagungsberichte, Aufrufe sowie Hinweise auf Materialien und Aktivitäten. Das kirchliche Forschungsheim ist zugleich aufrufende Einrichtung zu einem DDR-weiten freiwilligen autofreien Sonntag, für den in den Kirchenzeitungen und Plakaten alljährlich unter dem Motto "Mobil ohne Auto" aufgerufen wird. An diesem Tag - meist der Weltumwelttag oder das darauffolgende Wochenende - organisieren Umweltgruppen und Gemeinden Vorträge, Umwelt-Gottesdienste und Ausflüge, die einen sinnvollen Ersatz für den motorisierten Wochenendausflug bilden sollen.

Kontinuierlich arbeitende Umweltinitiativen gibt es inzwischen in fast allen größeren DDR-Städten - z.B. in Leipzig, Berlin oder Dresden. Allein die Dresdener Gruppe hat rund 60 Mitglieder, die sich in verschiedenen Arbeitskreisen organisiert haben und zweimal im Monat zu einem gemeinsamen Treffen zusammenkommen. Die Leipziger AG Umweltschutz unterhält Gruppen zu Themen wie "Gemeindearbeit", "Fotos und Plakate", "Radtouren und Wandern" oder "Organisation von Pflanzaktionen". Solche Einsätze, bei denen christliche Umweltengagierte junge Bäume pflanzen, haben in der DDR bereits Tradition und werden in der Mehrheit der Fälle auch von den staatlichen Gärtnerei-Betrieben durch Setzlinge unterstützt. Die Umweltgruppe Berlin-Pankow erarbeitete eine Ausstellung zum Thema "Was kann der Einzelne für die Umwelt tun?", die in verschiedenen Kirchen gezeigt wurde; sie unterstützte und initiierte Pflanzaktionen, führt etwa vierteljährlich Müllsammelaktionen im Wald durch und beschäftigt sich mit der Erarbeitung eines Kataloges überflüssiger Produkte. "Die Gruppe", heißt es einem Bericht über ihre Arbeit, "bemüht sich, nicht nur durch Eingaben Einfluß auf die kommunale Umweltpolitik zu nehmen, sondern auch mit den staatlichen und kirchlichen Umweltgruppen zusammenzuarbeiten. Als Beispiele seien nur die Mitarbeit in einem Stadtbezirksbauaktiv und die gemeinsame Organisation eines überregionalen Umweltseminars mit anderen Berliner Umweltgruppen genannt".

Unter den wenigen legalen Artikulationsmitteln spielt vor allem das Schreiben von Eingaben (und Leserbriefen) eine große Rolle, die den staatlichen Behörden anzeigen, wenn Teile der Bevölkerung beunruhigt sind. Eingaben sind, da es eine Verwaltungsgerichtsbarkeit nicht gibt, die einzige Möglichkeit der Bürger, gegen Mißstände oder staatliche Entscheidungen Protest einzulegen, und sind 1985 vom Staatsrat der DDR durch entsprechende Empfehlungen in ihrer Funktion als innenpolitisches Kommunikationsmittel zwischen Bürger und Staat ausdrücklich bestätigt worden. Obwohl die Eingaben in der Regel nicht öffentlich werden, belegen einzelne Beispiele, daß solche Meinungsäußerungen durchaus Erfolg haben können, wie aus einem Leserbrief in den "Briefen" Nr.7 (Februar 1983) hervorgeht: "Zu den Erfolgen unserer Eingaben- und Argumentationstätigkeit gehört die Ausweisung eines stillen Naturfleckchens als Bodendenkmal; dadurch wurde verhindert, daß ein Großbetrieb dort eine Bungalowsiedlung errichtet hätte. Zum anderen konnten wir dazu beitragen, daß einige Mühlen-

fließe und Gebäude vor weiterer Erholungs-'Erschließung' bewahrt werden konnten, denn damit wäre die umliegende Landschaft rettungslos verloren gewesen. Man stößt dann ja doch beim Rat des Bezirks und der Stadt auf verständigungsbereite Leute, wenn man erst auf Tuchfühlung gegangen ist".

Das Verhältnis der SED zu dem ökologischen Engagement hat im Februar 1982 der Präsident des Dresdener Landeskirchenamtes, Kurt Domsch, so zusammengefaßt: "Die staatlichen Stellen haben uns dazu gesagt: Wir halten es für gut, wenn ihr versucht, in der Bevölkerung in dieser Hinsicht zu wirken, aber bitte nicht demonstrativ!" Punktuell kommt es deshalb durchaus zur praktischen Kooperation zwischen den Initiativen und dem Staat, vielfach schlägt den Gruppen jedoch auch Ablehnung und Mißtrauen entgegen. Am heftigsten sind die negativen Reaktionen immer dann, wenn Initiativen - wie bei einigen Fahrraddemonstrationen in Halle (gegen den Chemiegiganten "Buna") und Ostberlin (gegen Luftverschmutzung und den Mangel an Radwegen) - an die Öffentlichkeit mit ihren Vorstellungen treten. Mit deutlicher Nervosität reagieren die Behörden auch darauf, daß sich die Umweltgruppen zunehmend konkreten, skandalösen Umweltbelastungen - wie z.B. dem Waldsterben im Erzgebirge oder der Chemisierung der Landwirtschaft - zuwenden, was für ihre Arbeit in jüngster Zeit durchaus typisch ist. "Harmloses" Naturschutzengagement und eine zaghafte Bewußtseinsarbeit gegen das Konsumstreben der DDR-Bevölkerung, das der SED immer wieder Legitimationsdefizite beschert, finden dagegen staatliche Zustimmung und Unterstützung.

2.3. Programmatische Vorstellungen

Die kirchliche Ökologiedebatte füllt offensichtlich eine Lücke, die aus den Defiziten staatlicher Theoriebildung entstanden ist; sie bildet Ersatz für eine ganze politisch-philosophische Geistesströmung, die sich kritisch mit der Industriegesellschaft und der Rolle der Naturwissenschaft auseinandersetzt und - aufgrund der Bedeutung von Wachstum und Produktivität für die Stabilität der politischen Verhältnisse - in der DDR bislang nur vereinzelt aufflackern konnte. Vier Punkte spielen dabei in den Diskussionen im Schutzraum der Kirchen, die sich auch um Anknüpfungspunkte zur offiziellen Ideologie bemühen, eine besondere Rolle. Die Kritik des herrschenden Naturverständnisses kritisiert das Verhältnis zwischen Mensch und Natur in der DDR-Gesellschaft als kurzsichtig, instrumental und rücksichtslos, was exemplarisch in der sogenannten industriemäßigen Landwirtschaft deutlich werde, die die Umwelt belaste und das ökologische Gleichgewicht empfindlich gestört habe. Dagegen wird ein Konzept der Solidarität und Kooperation mit der Natur gesetzt als eine für das Überleben beider Seiten notwendigen Sache, das auch partiellen Verzicht auf Macht und Wohlstand einschließe. Es gehe um die Schaffung einer "ökologisch verantwortbaren Gesellschaft", die die "ganze Wertorientierung unseres Lebens" herausfordere. Praktisch drängt die Diskussion an der Basis der Kirche zur Entwicklung einer alternativen Landwirtschaft, die von Einzelnen bereits heute auf dem Lande praktiziert wird und deren Methoden nach Meinung der Umweltengagierten auch auf der rund 40.000 Hektar großen Nutzfläche der kirchlichen Land- und Forstwirtschaft Anwendung finden sollen. Die Kritik des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist jenem Grundmotiv der DDR-

Ideologie entgegengesetzt, das den Fortschritt als Schlüssel für die Zukunft betrachtet und niemals - wie im Westen - von einer Wissenschaftskritik als eigener theoretischer Abteilung relativiert wurde. Einseitigkeit, Konzentration und Spezialisierung aufgrund eines ökonomischen Nutzdenkens haben nach Meinung kirchlicher Intellektueller den Sinn des Fortschritts in sein Gegenteil verkehrt. Die durch wissenschaftlich-technische Neuerungen bewirkte Maximierung der Effektivität übersteige häufig den Grad des Angemessenen, wirke "geradezu kontraproduktiv", weil sie Abhängigkeiten, Krisenanfälligkeit, Entfremdung, Verarmung der Dritten Welt und Zerstörung des ökologischen Gleichgewichtes zur Folge habe. Verdinglichung und Objektivierung der Natur, Meßbarkeit und Mathematisierbarkeit der äußeren Wirklichkeit seien der Ursprung für die Zerstörung des Lebendigen und ermöglichten den Mißbrauch der Wissenschaft durch die Macht. Die Kritik der politischen Ökonomie müsse durch eine Kritik der instrumentellen Vernunft ergänzt werden, damit menschliche und nicht-menschliche, materielle und spirituelle Welt wieder zusammenfinden könnten und Wissenschaft als verstehende, nicht als zerstörende oder manipulierende Kraft wirksam werde. Auch die Technik müsse ein anderes Gesicht bekommen: klein, durchschaubar und "nach menschlichem Maß" geformt; sie müsse dauerhafte Produkte hervorbringen, weniger kapitalintensiv und entsprechend den regionalen, ökologischen und anthropologischen Notwendigkeiten arbeiten. Die Vorstellung, "daß nur die totale Industrialisierung aller Produktionsbereiche einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft angemessen wäre", müsse revidiert werden. Zum Dritten stellen kirchliche Intellektuelle eine detaillierte Kritik der Leistung dem sozialistischen Leistungsprinzip entgegen, das allenthalben ausgeufert sei, sich große Teile der menschlichen Existenz unterworfen habe und dabei Verluste, Nebenwirkungen und Kosten produziere, die in einer ökonomischen Kosten-Nutzen-Rechnung nicht erfaßt würden: Die Verkümmerung der Persönlichkeit und der menschlichen Lebensäußerungen unter der rationalen Konstruktion der Industriewelt; die Ausgrenzung von kommunikativer, meditativer oder "unproduktiver" Arbeit als "sinnlos" und ökonomisch wertlos oder ihre Übertragung auf Profis und Spezialisten; der Verlust an Selbsterhaltungsmöglichkeiten durch Arbeitsteilung und Spezialisierung und das Scheitern zahlreicher Menschen vor den Leistungsanforderungen der Gesellschaft. Nur durch Krankheit sei es noch möglich, aus dem vielschichtigen Leistungskorsett zu entfliehen, "daher sind auch die steigenden Aufwendungen für die medizinische Versorgung der Bürger nicht nur Ausdruck für die positive Bilanz der Sozialpolitik der DDR".

Allerdings gibt es in der DDR inzwischen noch eine andere Form der sozialen Absetzung, indem vor allem jüngere Menschen freiwillig auf die Privilegien einer leistungsstarken Existenz verzichten und sich als Aussteiger, Handwerker und halblegale Zwischenexistenzen in solche Nischen begeben, in denen sie die neuen Orientierungen besser verwirklichen können. In der kirchlichen Jugendarbeit ist, wie ein Jugendpfarrer berichtet, diese Werteverschiebung in der nachwachsenden Generation nicht mehr zu übersehen, und äußert sich darin, "daß die Jugendlichen andere Lebensformen suchen, daß sie nicht gerne studieren, manche gar nicht gern Abitur machen wollen (...) oder Frauen und Mädchen gerne töpfern oder knüpfen; das sind Berufe, die sehr kreativ sind und die zu diesem Lebensstil irgenwie dazugehören".

Als Schlüssel zur Bewältigung der ökologischen Krise wird in der DDR schließlich seit langem über eine Kritik der Bedürfnisse diskutiert, denn so wird argumentiert, der Erwartungsdruck der Massen auf Steigerung des Konsums sei so stark, daß die DDR-Regierung, selbst wenn sie wollte, gar nicht die Freiheit hätte, der ökologischen Vernunft Vorrang vor der ökonomischen zu geben. Vielzitiertes Beispiel für falsche Bedürfnisse ist etwa die überhohe und für die Umwelt negative Nachfrage nach Fleisch. Die immer weiter wachsenden materiellen Bedürfnisse seien einerseits verursacht durch aus der Arbeitsteilung resultierende Mängel, andererseits seien sie "Ersatzfunktion für die ausbleibende Verbesserung des subjektiven Lebensgefühls". Da Konsumgüter und Dienstleistungen nur ein unzureichender Ersatz für den Lebensverlust in der industriellen Produktion seien, werde die Bedürfnisbefriedigung durch mehr Konsum immer neue Engpässe in der Versorgung auslösen; weil die Mittel zur Befriedigung falsch seien, entstehe der Eindruck, man habe nur noch nicht genug bekommen.

Kirchliche Ökologen fordern deshalb eine "ethische Besinnung" und eine "Expansion nach innen", eine Umorientierung auf die Qualität des Lebens und eine Überprüfung, welche Bedürfnisse durch Konsum gar nicht zu befriedigen seien. Es gelte den "existentiellen Mangel an Geborgenheit" durch angemessene Mittel auszugleichen, statt ihn durch materielle Bedürfnisbefriedigung noch zu vertiefen; neue, qualifizierte Bedürfnisse müßten entwickelt werden, die einen Gewinn an Freiheit und Kreativität mit sich brächten.

3. Schlußfolgerungen

Die hier nur grob skizzierten neuen Formen politischen Bewußtseins in der DDR zeigen an, daß auch im anderen deutschen Staat grundlegende gesellschaftliche Orientierungen wie Konsum, Wohlstand, Fleiß, Ordnung und militärische Verteidigungsbereitschaft brüchig zu werden beginnen; sie setzen sich über die argumentative Logik des Ost-West-Konflikts hinweg und zielen auf ein gemeinsames Fundament der Industriegesellschaften beider Blöcke. Der Bewußtseinswandel korrespondiert mit ähnlichen Tendenzen in anderen hochindustrialisierten Staaten, insbesondere solchen in der Bundesrepublik, und zeigt einen allgemeinen Legitimitätsverlust der herrschenden Politik in beiden Blöcken zumindest in einem bestimmten gesellschaftlichen Spektrum an. Träger dieser neuen Orientierungen ist auch in der DDR vor allem die junge Generation, doch ebenso wie hierzulande strahlen sie ab auf andere Teile der Gesellschaft (Künstler, Literaten, Wissenschaftler, Journalisten), die sie wiederum weitertransportieren. Die Werteverschiebung geht einher mit einer deutlichen Zunahme von Bürgerinitiativen, die nicht nur im Gegensatz zur (historisch begründeten) Apathie der vorangegangenen Generation von DDR-Bürgern steht, sondern auch die staatliche Politik zu partieller Rücksichtnahme und Umorientierung zwingt.

Natürlich darf der Einfluß jener neuen politischen Bewußtseinsformen nicht überschätzt werden, da diese in erster Linie an den Rändern der Gesellschaft und in abgegrenzten Freiräumen wirksam werden. Doch die Relevanz des Phänomens liegt nicht so sehr in einer möglichen Mehrheitsfähigkeit oder gar in demonstrativen Willensbekundungen gegenüber den

Institutionen der Macht, sondern eher in der allmählichen Beeinflußung des gesellschaftlichen Klimas. Überraschend ist auch, welch breites und öffentliches Wirkungsfeld diese Art des neuen Dissens, der das für DDR-Bürger fast konstitutiv erscheinende Doppelleben durchbricht, mit dem Begriff "Opposition" jedoch nicht sachgerecht zu erfassen ist, in der DDR findet. Trotz eines engen Handlungsrahmens und wiederholter Repressalien ist die politische Führung der DDR z.Zt. offenbar nicht willens oder in der Lage, die gesellschaftlichen Initiativen auf breiter Front aufzurollen, sondern toleriert diese Form des begrenzten Konfliktes zwischen Bürgerinteresse und Staatsmacht. Die Existenz einer kritisch-konstruktiven (Gegen-)Bewegung im Schutzraum der Kirchen erscheint geradezu als konstitutives Kennzeichen der DDR-Gesellschaft der achtziger Jahre.

Obwohl sich die neuen Orientierungen nicht - wie in der Bundesrepublik - mittels Wahlentscheidungen auch gegen den Willen der Machtelite durchsetzen können und sich damit ihre Ausdehnung und ihr Eindringen in den politischen und Verwaltungsapparat sehr viel schwieriger gestaltet, haben sie bereits heute die gesellschaftliche Realität beeinflußt. Zum einen ist der Versuch der SED erkennbar, institutionelle Auffanglinien zu bauen, in denen sich das neue Bewußtsein artikulieren kann, ohne politisch oppositionell zu wirken. Vor allem die im März 1980 gegründete "Gesellschaft für Natur und Umwelt" - die einzige in den vergangenen zwanzig Jahren neu gegründete Massenorganisation in der DDR - soll eine solche Rolle spielen, indem sie jungen Menschen, professionellen Umwelt- und Naturschützern und anderen Interessierten ein ökologisches Arbeitsfeld bietet; in knapp drei Jahren hat sich die Mitgliederzahl dieser Organisation um 10.000 auf rund 50.000 im Jahre 1983 (nach offiziellen Angaben) erhöht. Im Bereich der Bewußtseinsbildung zeigen überdies die große Anzahl offizieller Publikationen zum Umweltthema sowie die einschlägigen literarischen Veröffentlichungen der letzten Jahre, daß eine begrenzte Debatte nicht verhindert, sondern ausdrücklich gewollt wird, weil die Machtelite - das ist eine Parallele zur Bundesrepublik - sich offensichtlich gezwungen sieht, die Ökologieproblematik in die eigene Ideologie miteinzubauen. Folgerichtig spielt sie auch in den Massenmedien, in der Kunst und in der modernen Musik eine unübersehbare Rolle. Schließlich zieht auch jene alternative politische Kultur, die mit den neuen Orientierungen untrennbar zusammenhängt, allmählich in den DDR-Alltag ein (wenngleich oftmals nur als Plagiat): alternative Gaststätten, handgemalte Transparente auf offiziellen Kundgebungen, Rockkonzerte für den Frieden, Aufnäher und Stirnbänder der FDJ etc.

Wenn man für solche Phänomene nicht nur das pragmatische Interesse der SED an einer von unnötigen Konflikten freien innenpolitischen Situation verantwortlich machen will, kann man dahinter - zumindest als Option - durchaus auch weitergehende Intentionen vermuten: Für die SED könnten die neuen Bewußtseinsformen in gewisser Hinsicht interessant sein, um jene gesellschaftliche Eigeninitiative in einzelnen Bereichen zu neuem Leben zu erwecken, die in den bürokratischen Strukturen des "entwickelten Sozialismus" verkümmert, die aber notwendig ist, um die ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme leichter bewältigen zu können. Darüberhinaus könnten sie helfen, soziale und ethische Orientierungen zu erneuern, die dem Materialismus der Gesellschaft zum Opfer gefallen sind, und negative gesellschaftliche Trends (allgemeine Verantwortungslosigkeit,

Scheidungsrate, Alkoholismus, Jugendkriminalität etc.) umzukehren; selbst das sozialistische Ideal, das unter der Verwaltung des Apparates an Glanz verloren hat, könnten die am Selbstverständnis des Staates anknüpfenden neuen Ideen auffrischen. Die Friedensdiskussion ist - aufgrund ihrer höheren Glaubwürdigkeit - durchaus als Instrument der SED geeignet, die Meinung im Lande und in der Welt wirksam in Richtung Abrüstung zu beeinflussen; die ökologischen Initiativen wiederum, mit ihrem praktischen Beitrag zur Beseitigung konkreter gesellschaftlicher Mißstände, könnten eine ähnliche Rolle spielen wie der soziale Dienst der Kirchen, der von der DDR-Führung ausdrücklich anerkannt wird. Doch solche Perspektiven schälen sich bislang bestenfalls als vage politische Option für die Zukunft heraus, so daß die SED-Führung an ihrer konservativen, in erster Linie auf ihre vermeintlichen Sicherheitsinteressen bedachten, Politik festhält.

Unabhängig davon wächst das ökologisch-pazifistische Engagement aber bereits heute auch außerhalb der staatlich vorgesehenen Reservate und artikuliert sich in einer Weise, wie sich in der DDR seit Jahrzehnten keine non-konformen Auffassungen mehr artikuliert haben. Im Vergleich zur Bundesrepublik, wo die alternativen Orientierungen durch Parlamentarisierung und Kommerzialisierung allmählich ihre Schärfe einzubüßen scheinen, wirkt das alternative Spektrum in der DDR sogar besonders resistent und noch lange nicht auf dem Höhepunkt seiner Entfaltung stehend. Eine Integration dürfte wegen der andersartigen politischen Strukturen auch schwerer fallen, zumal es sich nicht - wie manche oppostionelle Plattform erwartete - um eine Reformbewegung aus dem Apparat handelt, sondern um eine aus den von der politischen Macht ausgeschlossenen Bereichen: die junge Generation und die Kirchen. Die Triebkräfte für das neue Bewußtsein ruhen offenbar gerade auf dieser Autonomie, erweisen sich andererseits aber - im Unterschied zu Gruppen politischer Opposition - in gewisser Weise als dialogfähig und (durch die Kirche) vermittelbar.

Die Affinitäten, die das ökologisch-pazifistische Engagement in beiden deutschen Staaten aufweist, sind sicherlich nicht mit dem Einfluß des West-Fernsehens auf die DDR-Bevölkerung ausreichend zu erklären, was die Frage aufwirft, ob nicht tiefere Gemeinsamkeiten dahinter liegen, die der Phrase von der gemeinsamen deutschen Kulturnation einen neuen Sinn geben. Man könnte vermuten, daß es gemeinsame historische Erfahrungen und gemeinsame politisch-kulturelle Traditionen sind, die die DDR in ähnlicher Weise "anfällig" machen für die neuen Orientierungen wie die Bundesrepublik, während sie etwa in Frankreich oder Polen weniger bedeutsam sind. Die Identitätslosigkeit der Deutschen, das rasche Nachlassen traditioneller ideologischer Bindungen (Nation, Religiosität, Klassenzugehörigkeit) könnten ein Vakuum geschaffen haben, in dem Entfremdung, Werteverlust und Zukunftsprobleme wie Frieden und Umwelt mit ganz anderer Intensität empfunden und artikuliert werden als in den benachbarten Staaten. Insofern könnte man das Öko-Pax-Phänomen in beiden deutschen Staaten auch dahingehend interpretieren, daß hier eine Entwicklung vorweggenommen wird, die in anderen europäischen Staaten erst viele Jahre später eintreten dürfte.

Ein solcher Schluß führt zwangsläufig zu der Frage, wie die politischen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten gestaltet werden müßten, damit jener Bewußtseinsvorsprung produktiv gemacht werden könnte: Für die Bundesrepublik ist relativ einfach festzustellen, daß das umwelt- und

friedenspolitische Bewußtsein strategisch gefördert und in konkrete Politik umgesetzt, statt bekämpft werden sollte. Doch auch für die Konzeptionierung der Deutschlandpolitik müßten sich Konsequenzen ergeben, damit nicht dort jener Fehler der Schmidt-Ära, in der die neuen gesellschaftlichen Orientierungen lange Jahre einfach nicht zur Kenntnis genommen wurden, auf dem Feld der deutsch-deutschen Beziehungen wiederholt wird. Sie müßte in einer Weise umgearbeitet werden, daß sie der Symmetrie von Problemen und Bewußtseinslagen Rechnung trägt, statt sie als Störfaktor oder bestenfalls als Standardthema offizieller Gespräche anzusehen. Zwei Linien sollen an dieser Stellen angedeutet werden, wie eine solche Umformung aussehen könnte: Die Erarbeitung konkreter Programme zur Entschärfung der Umwelt- und Rüstungsproblematik, in der beide deutschen Staaten aus einem ureigenen Interesse heraus zusammenarbeiten, Vorschläge machen und praktische Hilfen geben könnten. Zum zweiten die Initiierung eines gesellschaftlichen Dialoges jenseits von Regierungsverhandlungen, an dem eine breite Öffentlichkeit interessiert ist und an dem auch Teile des engagierten Spektrums in der DDR beteiligt werden müßten. Die westdeutsche politische Elite müßte - aus ihren eigenen Erfahrungen heraus - der ostdeutschen ihre Furcht vor dem grün-alternativen Spektrum nehmen und vorsichtig bei dieser jene politische Option stärken, die auch in der DDR die neuen politischen Orientierungen als Innovator von Veränderungen nutzen will. Letztlich wird von einer so konzipierten Deutschlandpolitik, die das dialogische Element sowohl innerhalb der Staaten als auch zwischen den Staaten ausbaut, abhängen, ob die neuen Orientierungen in die staatliche Politik eingearbeitet werden können oder ob sie an ihr vorbei und gegen diese wachsen werden. Der Satz vom "Wandel durch Annäherung" erhält vor diesem Hintergrund einen ganz neuen Sinn.

Anmerkungen

(1) Vgl. Klaus Ehring/Martin Dallwitz: Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, Reinbek 1982; Wolfgang Büscher/Peter Wensierski/Klaus Wolschner: Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978-82, Hattingen 1982

(2) Vgl. zu diesem Komplex die verschiedenen Beiträge in: Umweltprobleme und Umweltbewußtsein in der DDR, hrsg. von der Redaktion Deutschland Archiv, Köln 1985

(3) Vgl. Gerhard Würth: Umweltschutz und Umweltzerstörung in der DDR, Frankfurt/M. 1985